

II- 887 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
 XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs. 30. Mai 1972

No. 486/3

A n f r a g e

der Abgeordneten DDr. KÖNIG,
 und Genossen

Dr. Bauer, Hahn

an den Bundesminister für Verkehr

betreffend zusätzliche Telefonanschlüsse im Bereich des
 Wiener Ortsnetzes.

Am 16. Oktober 1970 hat der Wiener Gemeinderat beschlossen, dem Verkehrsministerium ein Investitionserfordernis von 82 Millionen Schilling vorzufinanzieren, um "im Jahre 1971 im Bereich des Wiener Ortsnetzes zusätzlich 17.100 Fernsprechanschlüsse herzustellen, die im laufenden Fernsprechinvestitionsprogramm nicht vorgesehen sind."

Die nunmehr vorliegende Zahl der tatsächlichen Neuanschlüsse im Jahre 1971 lässt allerdings folgendes erkennen:

Nachdem die Zahl der zusätzlichen Anschlüsse im Bereich des Wiener Ortsnetzes im Jahre 1970 um rund 3.750 zurückgegangen war, erfolgte im Jahre 1971 nur eine Steigerung um 5.512 Telefonanschlüsse an Stelle der versprochenen 17.100 zusätzlichen Anschlüsse.

Die vom Verkehrsministerium übernommene Verpflichtung zur Herstellung von 17.100 zusätzlichen Telefonanschlüssen wurde trotz des finanziellen Entgegenkommens der Stadt Wien gegenüber dem Bund nicht eingehalten.

Angesichts von rund 55.000 unerledigten Telefonanträgen in Wien und der weiterhin unzumutbar langen Wartezeit zwischen Antragstellung und Herstellung eines neuen Fernsprechanschlusses richten die Abgeordneten an den Bundesminister für Verkehr die

A n f r a g e :

- 1) Beruhte die seinerzeit dem Wiener Gemeinderat mitgeteilte

Zahl von 17.100 zusätzlichen Fernsprechanschlüssen im Jahre 1971 auf einer Fehleinschätzung des Verkehrsministeriums ?

- 2) Wurde der Stadt Wien seitens des Verkehrsministeriums ein Rechenschaftsbericht über die Verwendung der für das Jahr 1971 vom Wiener Gemeinderat vorfinanzierten Investitionsmittel zur Herstellung von 17.100 zusätzlichen Fernsprechanschlüssen vorgelegt ?